

In Hamburg an der „Euthanasie“ beteiligte Behörden und Personen

In Hamburg waren 1933 etwa 4000 psychisch erkrankte Männer, Frauen und Kinder in den beiden großen Staatskrankenanstalten Friedrichsberg in Hamburg-Eilbek und Langenhorn in Hamburg-Langenhorn sowie in der Lübecker Heilanstalt Strecknitz untergebracht. Weitere 1600 Patientinnen und Patienten aus dem Großraum Hamburg befanden sich in preußischen Heil- und Pflegeanstalten.

Auch in Hamburg wurden an diesen Menschen in der Zeit des Nationalsozialismus tausendfach Gewaltverbrechen verübt: Zwangssterilisationen, das Abschieben hilfebedürftiger Menschen in reine Verwahranstalten, in denen sie durch Unterversorgung starben, der Abtransport jüdischer Patientinnen und Patienten 1940 in die Tötungsanstalt Brandenburg, Überstellungen Hunderter Patientinnen und Patienten in „Euthanasie“-Tötungsanstalten bzw. deren Zwischenanstalten 1941 und 1943/44 sowie die Ermordung schwerstbehinderter Kleinkinder in den „Kinderfachabteilungen“ 1939 bis 1945. Mindestens 3000 Menschen aus Hamburg wurden bis Ende 1945 durch Giftgas, Medikamente und Unterversorgung ermordet.

Der Reichsstatthalter in Hamburg (NSDAP-Gauleiter Karl Kaufmann)		
Staatsverwaltung	Gemeindeverwaltung	
Abteilung 4 (Schul- und Hochschulabteilung)	Gesundheitsverwaltung Beigeordneter: Senator Dr. Friedrich Offerdinger	Sozialverwaltung Beigeordneter: Senator Präsident Oskar Martini
Hochschulwesen	Allgemeine Verwaltung Leitung: Kurt Struve	II Landesfürsorgeamt zuständig für Gesundheits- und Sonderfürsorge: Käthe Petersen
Hansische Universität	Hauptgesundheitsamt und weitere Gesundheitsämter	VI Amt für Wohlfahrtsanstalten Direktor: Georg Steigertahl
Psychiatrische und Nervenambulanz der Hansischen Universität Direktor: Prof. Dr. Hans Bürger-Prinz	Abteilungen der Gesundheitsämter, unter anderem:	
	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Psychiatrische Fürsorge ▶ Fürsorge für Körperbehinderte ▶ Säuglings- und Kleinkinderfürsorge 	
	Krankenhäuser, darunter:	
	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn Leitender Oberarzt: Prof. Dr. Heinrich Hörcke Verwaltungsdirektor: Gerhard Hanko 	

Dargestellt sind die wichtigsten beteiligten Behörden. Die Verwaltungsgliederung entspricht dem Stand 1939.



Karl Kaufmann

Geboren am 10. Oktober 1900 in Krefeld, gestorben am 4. Dezember 1969 in Hamburg.

Quelle: Bundesarchiv, Bildarchiv, Bild 146-1973-079-70

NSDAP-Gauleiter Karl Kaufmann war seit dem 16. Mai 1933 auch Reichsstatthalter für Hamburg. Die gesamte Hamburger Staats- und Gemeindeverwaltung war ihm direkt unterstellt. Schlüsselpositionen aller Behörden besetzte er mit ihm ergebenen NSDAP-Mitgliedern. Ab 1934 betrieb er die Räumung der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg; das Schicksal der dort untergebrachten Kranken interessierte ihn nicht. Nach Kriegsende war Karl Kaufmann bis 1948 in britischer Internierungshaft. Er musste sich nie vor einem Gericht verantworten. Ende der 1950er-Jahre war er leitender Mitarbeiter eines Versicherungsunternehmens.



Dr. Friedrich Offerdinger

Geboren am 16. Mai 1896 in Rellingen, Kreis Pinneberg, gestorben am 9. Juni 1946 in Neumünster.

Quelle: Bundesarchiv – PK (ehem. BDC), 1080084290

Friedrich Offerdinger arbeitete seit 1926 als praktischer Arzt in Hamburg-Groß Borstel. 1929 trat er der NSDAP bei. Er wurde Ortsgruppenleiter und 1933 Kreisleiter. Seit 1931 war er für die NSDAP Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft. 1930 gehörte er zu den Gründungsmitgliedern des NS-Ärztbundes. Der Vertraute des NSDAP-Gauleiters Karl Kaufmann war ab Oktober 1933 Präsident der Gesundheits- und Fürsorgebehörde. Er machte Hamburg auf dem Gebiet der Gesundheits- und Sozialpolitik u. a. mit dem Aufbau eines „Gesundheitspaßarchivs“ und massenhaft durchgeführten Zwangssterilisationen zu einem „NS-Mustergau“.

Über das „Euthanasie“-Mordprogramm der „Aktion T4“ und über den Charakter späterer Massentransporte „in den Tod“ war Friedrich Offerdinger in vollem Umfang informiert. Seine Position als Leiter der Gesundheitsverwaltung nutzte er, um die „Euthanasie“-Maßnahmen im Hamburger Raum energisch durchzusetzen.

Friedrich Offerdinger starb 1946 in britischer Internierungshaft.



Oskar Martini

Geboren am 4. Februar 1884 in Schwerin, gestorben am 27. März 1980 in Hamburg.

Quelle: Denkmalschutzamt Hamburg, Bildarchiv, 32965

Oskar Martini war bereits seit 1910 als Jurist in der Hamburger Verwaltung tätig, von 1920 bis 1945 in den für die öffentliche Wohlfahrt zuständigen Ämtern. Er gehörte der Deutschen Volkspartei an.

Er stellte sich 1933 als Vizepräsident der Gesundheits- und Fürsorgebehörde und 1938 als Stadtrat der Sozialverwaltung in den Dienst der nationalsozialistischen Fürsorgepolitik. Er war verantwortlich für Ausgrenzungen und Diskriminierungen sogenannter „Gemeinschaftsfremder“ und „Rassenfremder“ in den Wohlfahrtsanstalten und in der offenen Fürsorge sowie für ihre Erfassung und Beurteilung nach „Wertigkeit“ für die deutsche „Volksgemeinschaft“. Er organisierte Zwangssterilisationen, Überstellungen in Konzentrationslager und während des Krieges die Abtransporte mehrerer Hundert in den Versorgungshäusern untergebrachter psychisch kranker Menschen in auswärtige psychiatrische Anstalten.

1937 trat Martini der NSDAP bei, 1939 ernannte ihn Karl Kaufmann zum Senator.

Nach Kriegsende gehörte Oskar Martini dem von der britischen Militärregierung im Mai 1945 ernannten Senat an, in dem er für die Sozialverwaltung zuständig war. Ende Oktober 1945 veranlasste die Militärregierung seine Entlassung. 1950 stufte ihn das Spruchgericht als „entlastet“ ein und erkannte ihm die vollen Pensionsansprüche zu.